

01 **Resolution der Berliner SPD zum Grundsatzprogramm**
02
03 **Beschlussfassung des Landesparteitages**
04

05 **I.**

06 Die aktuelle Programmdebatte in der SPD ist der Beleg, dass die Sozialdemokratische
07 Partei Deutschlands eine Volks-, Mitglieder- und Programmpartei ist. Die breite parteiinterne
08 Beteiligung an der Debatte manifestiert sich nicht zuletzt in mehreren tausend
09 Änderungsanträgen zum Bremer Programmtext. Allein im Landesverband Berlin
10 belegen über 700 Änderungsanträge den Stellenwert der Programmarbeit und das Engagement
11 der Genossinnen und Genossen.
12

13 Die Vielzahl der Anträge belegt aber auch einen erheblichen Änderungsbedarf am Bremer
14 Programmtext. Insbesondere die Bereiche der Grundwerte und des Staatsverständnisses, die
15 zentralen Politikbereiche der Wirtschaft/Nachhaltigkeit sowie der Bildung erweisen sich
16 bundesweit als nachbesserungsbedürftig.
17

18 Die SPD Berlin sieht in der Programmdebatte eine willkommene und notwendige Selbstvergewisserung
19 über Ziele und Grundwerte der Partei. Neben der Auseinandersetzung mit grundlegenden
20 gesellschaftlichen Entwicklungen, die seit 1989 neu oder verschärft eingetreten sind, muss
21 das neue Grundsatzprogramm die Programmaussagen liefern, die über aktuelle Tagespolitik
22 und Koalitionskonstellationen hinausgehen. Wir erwarten vom „Hamburger Programm“ eine
23 überzeugende Idee zu Gesellschaft und Zukunft sowie ein klares und vermittelbares Profil,
24 mit dem sich die SPD als linke Volkspartei von den politischen Konkurrenten programmatisch
25 absetzt. Ein Grundsatzprogramm ist immer „SPD pur“. Die Berliner SPD unterstützt, dass im
26 zukünftigen Programm eine glaubwürdige Konzeption zur sozialen und ökologischen
27 Erneuerung des Landes, zur gerechten Gestaltung der Globalisierung sowie zu einem
28 einheitlichen und sozialen Europa erkennbar wird.
29
30

31 **II.**

32 Vor diesem Hintergrund und in Würdigung der Schwerpunkte in den parteiinternen
33 Debatten, hält die SPD Berlin eine Reihe von Änderungsanliegen für prioritär. Die nachfolgend
34 genannten Punkte sollen in der endgültigen Textfassung des neuen Grundsatzprogramms
35 Berücksichtigung finden. Die Berliner SPD wird sich auf dem Bundesparteitag und in der
36 Programmkommission vorrangig für die Durchsetzung folgender politischer Anliegen einsetzen:
37
38
39
40

41 **1. Demokratischer Sozialismus**

42 Die SPD bekennt sich weiterhin zur Leitidee des demokratischen Sozialismus. Eine unbegründete
43 Ersetzung dieses Leitbegriffs durch die „soziale Demokratie“ trägt dem Umstand nicht
44 Rechnung, dass die Programmatik der SPD stets weit über die heute bestehenden
45 gesellschaftlichen Strukturen und ökonomischen Verhältnisse hinausweist. Freiheit,
46 Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie
47 sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit. Grundwerte
48 unterliegen keinem kurzfristigen Wechsel, so dass die Aussagen des Berliner
49 Programms im Abschnitt „Grundwerte des Demokratischen Sozialismus“ im Hamburger
50 Programm weitgehend übernommen werden sollten. Die SPD bekennt sich zum humanistischen
51 Erbe Europas, zu den Werten der Aufklärung und zu Toleranz in Fragen des Glaubens.
52
53

54 **2. Unser Staatsverständnis**

55 Der „vorsorgende Sozialstaat“ ist ein Teil unseres Verständnisses eines mehrdimensionalen
56 Sozialstaates. Das Kapitel im Programm sollte daher „Sozialstaat und öffentliche
57 Daseinsvorsorge“ heißen. Der Sozialstaat ist mehr als Hilfe in der Not. Er bietet
58 solidarische Unterstützung für alle und hilft, dass jeder in der Gesellschaft das Bestmögliche
59 leisten kann. Er bietet Teilhabe für alle und vermittelt die Gewissheit, dass die
60 elementaren sozialen Lebensrisiken für alle Menschen abgesichert sind und befähigt sie
61 damit selbst, engagiert und flexibel Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.
62 Die SPD hält am Ziel der paritätisch finanzierten sozialen Sicherung fest. Wir setzen
63 uns dafür ein, dass öffentliche Interessen auch in Zukunft allein durch den Primat der
64 Politik
65
66

01 bestimmt werden. Wir überlassen elementare Bereiche gesellschaftlicher Daseinsvorsorge nicht
02 den Interessen des Marktes. Dazu gehören auch Gesundheit, Umweltschutz, Wasserqualität,
03 bezahlbares Wohnen, öffentliche Verkehrssysteme und Energie.
04

05 **3. Die SPD muss die bestimmende Kraft in den Städten sein**

06 Neben dem Bekenntnis zu starken Kommunen und dem sozialen Bundesstaat ist ein Bekenntnis
07 zu einer integrativen, sozialen Stadtpolitik notwendig. Im Vordergrund stehen der Erhalt der
08 Lebensfähigkeit und Lebensqualität der Städte. Die moderne Stadt ist der Ort, an dem sich ge-
09 gesellschaftliche Probleme fokussieren, sich aber auch ihre Lösungsmodelle entwickeln. Sie ist der
10 Ort sozialstaatlich organisierter Integration und Teilhabe mit Pionierfunktion für die gesamte
11 Gesellschaft. Wer die gesellschaftlichen Herausforderungen in den Städten meistert, die Stadt-
12 politik inhaltlich und kulturell prägt, ist die bestimmende politische Kraft unseres Landes.
13

14 **4. Friedenspolitik und Wehrpflicht**

15 Sozialdemokratische Friedenspolitik zielt vor allem auf die Beseitigung der Spannungsursachen
16 innerhalb einzelner Gesellschaften und zwischen Völkern und Regionen. Wir wollen globale
17 Konfliktursachen auf allen Ebenen und das Macht- und Wohlstandsgefälle zwischen Nord und
18 Süd abbauen. Voraussetzung für eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung, sind inner-
19 staatlich die Ächtung und Ausschaltung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung jedweder per-
20 sönlicher, wirtschaftlicher und politischer Ziele. Das Programm muss eine Aussage zur Zukunft
21 der Wehrpflicht machen:
22

23 Mit der Wehrpflicht hat die Bundesrepublik gute Erfahrungen gemacht. Sie ist Garant für die
24 gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr, stellt die Gewinnung qualifizierten Nachwuch-
25 ses sicher, trägt entscheidend zur Zurückhaltung in internationalen Einsätzen bei und ermöglicht
26 den flexiblen Umgang mit veränderten Bedrohungen. Wir halten darum an der Wehrpflicht fest.
27 Gleichzeitig werden wir den Ausbau von Freiwilligendiensten vorantreiben. Wir setzen auf das
28 zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Eine allgemeine Dienstpflicht
29 lehnen wir ab.
30

31 **5. Mindestlohn und Öffentlicher Beschäftigungssektor**

32 Die Berliner SPD spricht sich klar und explizit für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Wir wollen,
33 dass arbeitende Menschen ein Existenz sicherndes Einkommen durch ihre Arbeit erzielen. Wir
34 treten für den Ausbau und die Sicherung des Öffentlichen Beschäftigungssektors ein. Wer Voll-
35 beschäftigung will, braucht den öffentlichen Beschäftigungssektor und Investitionen in soziale,
36 kulturelle und ökologische Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung.
37

38 **6. Nachhaltiger Fortschritt**

39 Unser Wachstumsmodell stößt an Grenzen. Ein nachhaltiger Wachstumspfad, der immer mehr
40 Menschen auskömmliche Lebensbedingungen sichert, kann nur erreicht werden, wenn Produkti-
41 vitätssteigerungen mit einem Rückgang des Ressourcenverbrauchs gekoppelt werden. Nicht
42 jedes Wachstum ist sozialer oder ökologischer Fortschritt. Die Mechanismen der modernen
43 Weltwirtschaft haben bei der Lösung der Klimaproblematik bisher versagt. Die sozialen und
44 ökonomischen Probleme der modernen Welt können wir zukünftig nur lösen, wenn wir die not-
45 wendige Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch als eines der wichtigs-
46 ten politischen Anliegen der nächsten Jahre begreifen und national wie global entsprechende
47 Maßnahmen ergreifen. Den technologischen Fortschritt wollen wir in sozial und ökologisch ver-
48 trägliche Bahnen lenken.
49

50 **7. Bildungspolitik**

51 Die Ganztagschule und das längere gemeinsame Lernen sind unsere bildungspolitischen Ziele.
52 Wir wollen die gebundene Ganztagschule für alle als Ort des Lernens, des sozialen Miteinanders
53 und der mitmenschlichen Erfahrung. Von der ersten Klasse bis zum Mittleren Schulabschluss
54 wird eine Schule für alle zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen. Die Schule
55 für alle ist sozial verankert. Sie bezieht Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen und Be-
56 triebe aus der Nachbarschaft ebenso ein, wie Träger der freien Jugendhilfe. Nur in einer Schule
57 für alle kann es gelingen, den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen nach-
58 haltig aufzubrechen.
59
60
61
62
63
64
65
66

01 **8. Europa**

02 Unser Leitbild ist eine politische Union im Sinne der „Vereinigten Staaten von Europa“. Für uns
03 ist Europa eine demokratische und soziale, der Gleichstellung von Mann und Frau verbundene
04 Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum. Zur Erreichung dieses Ziels fordern wir einen
05 sozialen Stabilitätspakt. Unsere ökologische Industriepolitik muss auch auf europäischer Ebene
06 vorangetrieben werden. Die SPD will mit ihren europäischen Schwesterparteien mit einem ein-
07 heitlichen Programm und gemeinsamen Spitzenkandidaten zu den Europawahlen antreten. Die
08 Eröffnung weiterer Beitrittsperspektiven bedarf eines breiten Konsenses, in den auch die Bevöl-
09 kerung einzubeziehen ist.
10

11 **9. Gleichstellung der Geschlechter**

12 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der Frauen und
13 Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frau-
14 en nicht nur gleiche Rechte, sondern auch tatsächlich gleiche Chancen haben. Und wir wollen
15 eine Gesellschaft, in der starre Rollenbilder ausgedient haben und jede und jeder seinen / ihren
16 Lebensentwurf frei gestalten kann. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche
17 überwinden.
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66